

Federf. Stadtamt: Amt für kommunale Finanzen

Ergänzende Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Stadtkämmerer Holzmann	09.02.2009	
Rat	Bürgermeister Roland	12.02.2009	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Konjunkturprogramm der Bundesregierung

1. Bericht der Verwaltung

2. Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse der CDU-Ratsfraktion vom 15.01.2009

- Konsequenzen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung vom 14.01.2009 -

3. Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse der SPD-Ratsfraktion vom 19.01.2009

- Auswirkungen des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung auf die Stadt Gladbeck -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses über das Konjunkturpaket II vom 27.01.2009 hat es am 30.01.2009 eine Verständigung zwischen Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden über das Bündnis zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes gegeben.

Danach fließen 1,384 Mrd. Euro für Investitionen in Kindergärten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen und 996 Mio. Euro in die übrige kommunale Infrastruktur.

Weiter ist geregelt, dass die Kommunen in 2009 und 2010 vorerst keinen kommunalen Eigenanteil erbringen müssen. Die kommunalen Eigenanteile werden vorerst durch ein vom Land aufgelegten Sonderfond erbracht. Den kommunalen Anteil aus diesen Sonderfond müssen die Kommunen ab 2012 in zehn Jahresraten mit je rund 42 Mio. Euro bezahlen.

Nach einer am 03.02.2009 veröffentlichten Modellrechnung kann Gladbeck mit insgesamt rund 8,3 Mio. Euro Zuweisung rechnen. Hiervon entfallen 5,15 Mio. Euro auf den Investitionsschwerpunkt Bildung und 3,19 Mio. Euro auf den Schwerpunkt Infrastruktur.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Nach den bisher vorliegenden Ausführungsbestimmungen/Erläuterungen ist zu entnehmen, dass Maßnahmen des klassischen kommunalen Straßenbaus nicht zuwendungsfähig sind.

Die für Gladbeck vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich Bildungsinfrastruktur und sonstige Infrastruktur sind beigefügten Listen zu entnehmen. Anzumerken ist hierbei, dass im Bereich Bildungsinfrastruktur die bisher nicht vorgesehene Umsetzung Ganztagsoffensive am Heisenberg-Gymnasium, die Vernetzung der Schulen, energetische Maßnahmen in Schulen und Kindergärten, sowie eine Fassadensanierung an der Anne-Frank-Realschule vorgesehen sind.

Im Bereich des Schwerpunktes Infrastruktur ist ein Vorziehen der Erweiterung der Feuer- und Rettungswache von 2011/2012 auf 2010 vorgesehen. Weiterhin soll auf der Feuer- und Rettungswache ebenfalls eine Photovoltaikanlage installiert werden.

Dieses Vorziehen des Projektes Erweiterung Feuerwache eröffnet in den Planjahren 2011/2012 finanzielle Möglichkeiten, die in dem angestrebten Projekt Innenstadtsanierung eingesetzt werden können.

Weiterhin vorgesehen sind die Stadtteilplatzerneuerungen Zweckel, verschiedene Spielplatzsanierungen sowie Sanierungen von Bolzplätzen.

Beschlussentwurf:

Die beigefügten Projektlisten Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur und Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur werden beschlossen.

Der Bürgermeister

(Roland)

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: